PRD gibt auf

Der Rückzug von PRD Energy aus Deutschland ist zu begrüßen. Gleichzeitig ist aber auch klar, dass die von diesem kanadischen Unternehmen geplante Einführung von „Nordamerikanischen Technologien und Verfahren“ (Übersetzung der Verfasser), sprich Fracking, in Deutschland nicht unwahrscheinlicher geworden ist.

Verzögerungen durch den Widerstand der Bevölkerung und Gemeinden, anhängige Klagen und die von den Bürgerinitiativen bereits frühzeitig aufgezeigte fehlende Rentabilität haben den vorgesehenen, schnellen Zeitplan zunichte gemacht. Nach der Aufgabe der Max-Streicher-AG im Frühjahr tritt jetzt schon das zweite Unternehmen den Rückzug an. In Schleswig-Holstein verbleiben damit noch DEA und Central Anglia, auf die sich jetzt der Widerstand konzentrieren wird.

Hintergrund:

Bereits seit Bekanntwerden der Pläne, in Schleswig-Holstein die Förderung von Erdöl auszuweiten, und zwar ausdrücklich auch mittels Fracking, sind zahlreiche Bürgerinitiativen, unterstützt von Städten und Gemeinden, Bürgern und Verbänden, aktiv geworden. Widersprüche, Klagen und die Aktivitäten der Bürgerinitiativen haben die Zeitpläne der Unternehmen durcheinander gebracht. Die Erhöhung des Förderzinses für Erdöl von 21 % auf 40 %, die von den Bürgerinitiativen bereits vor über 2 Jahren gefordert worden war, hat die angebliche Wirtschaftlichkeit der Vorhaben weiter reduziert. Der Glaube an „willige Bürgermeister und eine aufgeschlossene Verwaltung“, mit dem PRD noch vor Kurzem vor Investoren die Unfehlbarkeit seiner wirtschaftlichen Planung angegeben hatte, hat sich als Luftnummer herausgestellt.

Jetzt kann sich der Widerstand gegen die Pläne der Central Anglia AS in Angeln, Schwansen und dem beantragten Erlaubnisfeld Leezen sowie gegen die Pläne der DEA im Kreis Plön und der Kieler Bucht konzentrieren. Auch diese Vorhaben sind unwirtschaftlich, gefährden Grundwasser, Böden, Luft und Gesundheit sowie durch mögliche Erdbeben auch Gebäude und andere Bauwerke.

Es wird jedoch auch in den anderen Regionen (u.a. in den bisherigen Aufsuchungsgebieten der PRD Energy) weiterhin darum gehen, sehr aufmerksam die Entwicklungen zu verfolgen, denn neue Unternehmen haben bereits ihr Interesse angekündigt, in Deutschland Öl und Gas ausbeuten zu wollen, und auch dabei das Fracking als mögliche Option erwähnt, da es in Deutschland nicht verboten ist.

Falls PRDs "Lizenzen" nicht an die Allgemeinheit zurückgegeben werden, sondern an andere Unternehmen übertragen werden sollen, erwarten wir von den zuständigen Genehmigungsbehörden (MELUR und LBEG), dass sie entsprechend den gesetzlichen Vorschriften (§ 22 Abs. 1 Nr. 1 BBergG) verfahren und unter anderem mögliche entgegenstehende öffentliche Interessen (§ 11 Nr. 10 BBergG) neu prüfen und dabei insbesondere die neuesten Erkenntnisse über Erdbeben, ausgelöst durch die Aufsuchung und Gewinnung von Kohlenwasserstoffen mit, aber auch ohne Fracking und Verpressen von Lagerstättenwasser berücksichtigt! Wir erwarten ein entsprechendes Verfahren mit Beteiligung aller Behörden gem. § 15 BBergG, deren Aufgabengebiete von den zu übertragenden Bergbauberechtigungen betroffen sind. Auf keinen Fall sind solche „Lizenzen“ Handelsware, die Privatunternehmen untereinander verschachern können.

Bürgerinitiative gegen CO2-Endlager e.V.
BI Frackingfreies Auenland
BI FrackingFreies Hamburg
Frackingfreie Zukunft Herzogtum Lauenburg
IG gegen Fracking in Schleswig-Holstein
Stoppt Fracking im Großraum Kiel-für eine postfossile Zukunft